

kritik & utopie ist die politische Edition im
mandelbaum verlag.

Darin finden sich theoretische Entwürfe
ebenso wie Reflexionen aktueller sozialer
Bewegungen, Originalausgaben und auch
Übersetzungen fremdsprachiger Texte,
populäre Sachbücher sowie akademische und
außeruniversitäre wissenschaftliche Arbeiten.

Nähere Informationen unter
www.kritikundutopie.net

Michael Bonvalot

DIE FPÖ – PARTEI DER REICHEN

mandelbaum *kritik & utopie*

© mandelbaum *kritik & utopie*, wien 2017
alle Rechte vorbehalten

Umschlagbild: Nathan Spasić, Bildbearbeitung: Nathan Spasić, Tanja Boukal
Satz & Umschlaggestaltung: Michael Baiculescu
Druck: Primerate, Budapest

Inhalt

- 7 Vorwort des Autors

- 11 DEUTSCHNATIONALE ELITEN NACH 1945:
VOM VdU ZUR FPÖ
- 19 WARUM DIE FPÖ EINE RECHTSEXTREME PARTEI IST
- 21 DIE WENDE VON INNSBRUCK:
JÖRG HAIDER WIRD PARTEIOBMANN
- 25 DIE ZEITEN ÄNDERN SICH:
DER NEUE RECHTSEXTREMISMUS IN WESTEUROPA
- 28 JÖRG HAIDER: DIE FREIHEIT, DIE ER WIRKLICH MEINTE
- 47 DER RECHTSEXTREMISMUS IN DER BUNDESREGIERUNG:
DIE NEOLIBERALE WIRKLICHKEIT
- 56 DIE MÜHEN DER EBENE: DIE ZAHLREICHEN
ABSPALTUNGEN DER FPÖ
- 64 DER HAIDER-KLON: DIE FPÖ UNTER HC STRACHE
- 69 PARTEI DER ELITE – DIE SOZIALE ZUSAMMENSETZUNG
DER FPÖ UNTER STRACHE
- 76 WIRTSCHAFTSLIBERALE IDEOLOGIE IM HINTERGRUND:
KOLM, HAYEK, HUNDT UND Co.
- 81 „IDENTITÄRE BEWEGUNG“ UND „UNWIDERSTEHLICH“:
ÖKONOMISCHE POSITIONEN AUSSERPARLAMENTARI-
SCHER RECHTSEXTREMER GRUPPEN
Gastbeitrag von Jerome Trebing

- 86 NADELSTREIF-RECHTE VORFELDORGANISATIONEN
FÜR DIE WIRTSCHAFT
- 95 DIE FPÖ IN DEN BETRIEBEN
- 100 IST DIE FPÖ WIRKLICH DIE NEUE ARBEITERINNENPARTEI?
- 106 DIE FPÖ UND IHRE MIGRANTISCHEN WÄHLERINNEN
GASTBEITRÄGE: WO DIE FPÖ REGIERT
- 110 Burgenland: Wie Rot und Blau das Burgenland
(un)sicher machen – *von Dagmar Schindler*
- 112 Graz: Die FPÖ: Eine Partei der Hausherren und Privile-
gienritter – *von Elke Kabr*
- 114 Oberösterreich: Schwarz-blaue Koalition: Eine neoliberale
Kampfansage! – *von Fiona Kaiser und Nina Andree*
- 117 Vorarlberg: Die FPÖ im Ländle – kleine Geschichte einer
Partei des Kapitals – *von Florian Keller*
- 119 Wels: „Förderwesen deutlich gestrafft“ – Sozialpolitik im
FPÖ-regierten Wels – *von Thomas Rammerstorfer*
- 122 DAS WIRTSCHAFTSPROGRAMM DER STRACHE-FPÖ.
VON A BIS Z
- 191 DER RASSISMUS DER FPÖ:
EIN GUTES GESCHÄFT FÜR DIE BETRIEBE
- 194 DIE HALTUNG ZU EURO UND EU:
IM HERZEN DES IMPERIUMS
- 199 WARUM WIRD DIE FPÖ GEWÄHLT?
- 201 EINE ERFOLGREICHE STRATEGIE GEGEN DIE FPÖ
- 208 Endnoten
- 231 Über den Autor

Vorwort des Autors

„Das Problem ist nur, dass die FPÖ immer als soziale Heimatpartei wahrgenommen wird. Unsere wirtschaftlichen Ideen gehen so in der Öffentlichkeit unter.“ Diese Klage stammt nicht von irgendwem. Hier berichtet der Nationalratsabgeordnete Bernhard Themessl, langjähriger Industrie- und Wirtschaftssprecher der Partei, von seinen Sorgen.

Im Anschluss spricht Themessl Klartext in diesem Interview für die *Vorarlberger Nachrichten* im August 2016. Er verortet die FPÖ als wirtschaftsliberale Partei und präsentiert einen Forderungskatalog, der es in sich hat. 7

Der FPÖ-Wirtschaftsmann möchte weg von Kollektivverträgen, die in Österreich unter anderem die Mindestlöhne, das Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie die Arbeitszeiten regeln. Er kritisiert die Finanzierung der SchülerInnenfreifahrt durch den Familienlastenausgleichsfonds. Und schließlich fordert er eine Senkung der Lohnnebenkosten für Betriebe – und damit weniger Budget für Sozialleistungen. Die Interviewerin fragt nach: „Sollte in der Folge auf gewisse Leistungen verzichtet werden?“ Die Antwort ist eindeutig: „Wir fordern seit Jahren mehr Eigenverantwortung. Österreich muss sich von der Vollkasko mentalität verabschieden.“¹

Könnte es sich um einen Ausrutscher oder eine Einzelmeinung handeln? Die FPÖ ist doch die „Soziale Heimatpartei“? Doch ein Blick hinter die Kulissen zeigt ein ganz anderes Bild.

Eine Vielzahl von Texten, Resolutionen und Aussagen von FPÖ-PolitikerInnen – beginnend mit Obmann Heinz-Christian

Strache – bestätigen: Der blaue Wirtschaftsexperte hat nur öffentlich bestätigt, wie die FPÖ tatsächlich tickt.

Die FPÖ war lange Zeit nicht daran interessiert, ihre wirtschaftspolitischen Positionen einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren. Kein Wunder: Viele ihrer WählerInnen wären überrascht, wie sehr die Partei ihren Wünschen und Interessen widerspricht.

Die Präsidentschaftswahl hat eine kleine Trendwende eingeleitet. Offensichtlich will die FPÖ vermehrt bürgerlich-konservative Schichten ansprechen. Das bedeutet im Falle einer Regierungsbeteiligung weniger enttäuschte WählerInnen und höhere Stabilität. Seitdem ist die FPÖ ein wenig offener, was ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen und Ziele betrifft.

Doch immer noch gilt: Die FPÖ hält sich beim Thema Wirtschaft gern bedeckt – und das offensichtlich bewusst. Oft wird mit wenig verständlichen Worthülsen gearbeitet, vieles bleibt vage, und Rassismus dient als Ablenkung, wenn im Parlament wieder einmal gegen soziale Verbesserungen gestimmt wird.

Der Hauptteil dieses Textes ist der aktuellen Wirtschaftspolitik der FPÖ gewidmet. Gestaltet ist er in Form eines alphabetischen Nachschlagewerks. So können die Positionen der FPÖ zu bestimmten Fragen einfach und schnell überprüft werden.

Im Anschluss folgen Überlegungen zu einem möglichen strategischen Umgang mit der FPÖ. Bisher erfolgte die Auseinandersetzung mit der FPÖ zumeist im Zusammenhang mit ihren rassistischen Positionen und regelmäßig wiederkehrenden „Einzelfällen“. Ein Erfolg dieser Strategie ist allerdings nicht zu bemerken. Das sollte nicht verwundern: Der Rassismus der FPÖ ist ihren WählerInnen bekannt und in vielen Fällen ein zentrales Wahlmotiv. Die FPÖ ist bei diesem Thema schlüssig.

Weniger schlüssig ist sie beim Thema Wirtschaft. Der sozialradikale Anstrich der Partei entspricht in keiner Weise ihren tat-

sächlichen wirtschaftspolitischen Forderungen. Immer wieder versucht die Strache-FPÖ auch, sich von der schwarz-blau/orangen Sozialabbau-Regierung zwischen 2000 und 2006 abzugrenzen. Wir werden sehen, dass das ein Propaganda-Trick ist. Die heutigen Positionen entsprechen weitestgehend jenen der Haider-FPÖ.

Eine Regierungsbeteiligung der FPÖ würde heute das gleiche bedeuten, was sie ab 2000 bedeutet hat: Sozialabbau, Umverteilung nach oben, Geschenke an Reiche und UnternehmerInnen. Norbert Hofer, Bundespräsidentenskandidat der FPÖ, hat es gesagt: „Sie werden sich wundern, was alles gehen wird.“²

Woher die Informationen für dieses Buch stammen

9

Dieses Buch arbeitet vor allem mit Originalquellen. So können sich LeserInnen selbst ein Bild über die Positionen der Freiheitlichen machen. Vor allem handelt es sich um folgende Texte:

- „Handbuch freiheitlicher Politik“. Dieses ausführliche Programm ist die zentrale politische Grundlage der FPÖ. Zuletzt 2013 aktualisiert. Als wichtigster Autor gilt Norbert Hofer.³
- „Parteiprogramm der Freiheitlichen Partei Österreichs ‚Österreich zuerst‘“. Das aktuellste Programm der FPÖ aus dem Jahr 2011.⁴
- „Freiheitliches Impulsprogramm. Wirtschaft“. Das Wirtschaftsprogramm der FPÖ aus dem Jahr 2010.⁵
- Das FPÖ-Wirtschaftsprogramm 2017 mit dem Titel „Fairness. Freiheit. Fortschritt.“⁶
- „Mut zur Wahrheit“. Eine Publikation des Atterseekreises der FPÖ aus 2015⁷
- Regierungserklärungen und Maßnahmen von Regierungen mit FPÖ-Beteiligung in Bund und Ländern
- Positionen der Vorfeldorganisationen der FPÖ für UnternehmerInnen und Lohnabhängige
- Parlamentsdebatten und -abstimmungen

- Anträge, Presseaussendungen, Interviews, Positionspapiere und Artikel der FPÖ
- Positionen des FPÖ-nahen Hayek-Instituts
- Das programmatische Buch „Für ein freies Österreich. Souveränität als Zukunftsmodell“ von Michael Howanietz. Herausgegeben wurde das Buch 2013 vom FPÖ-Parlamentsklub in der Verantwortung von Norbert Hofer. Sowohl Hofer als auch Strache haben dazu Vorworte verfasst.⁸
- Jörg Haiders „Die Freiheit, die ich meine“. Dieses Buch ist 1993 erschienen und kann als zentrales Manifest der Haider-FPÖ und ideologische Vorbereitung der Politik unter Schwarz-Blau/Orange verstanden werden.⁹

10

Auch eine Reihe von Sekundärquellen war hilfreich. Genannt seien an dieser Stelle stellvertretend Herbert Auingers „Die FPÖ. Blaupause der Neuen Rechten in Europa“ (Wien 2017), Publikationen der Seite *stopptdierechten.at* sowie unveröffentlichte Notizen der Politikwissenschaftlerin und Autorin Kathrin Gloesel. Manche Sekundärquellen, die im Internet kursieren, sind beim Abstimmungsverhalten der FPÖ im Parlament ungenau. Bei Unklarheiten über die Position der FPÖ wurde auf die stenographischen Protokolle des Nationalrats und auf Presseaussendungen der Partei zurückgegriffen.

Alle Onlinequellen stehen auf der Seite www.mandelbaum.at/buch.php?id=825 als Link zur Verfügung und können von dort abgerufen werden.

Deutschnationale Eliten nach 1945: Vom VdU zur FPÖ

Zusammenbruch und Neuformierung

Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg bedeutete für das deutschnationale Lager eine enorme Zäsur. In der Monarchie und der ersten Republik gab es noch mehrere konkurrierende Parteien und Fraktionen, doch spätestens ab 1934 repräsentierte de facto ausschließlich die NSDAP Österreichs Deutschnationale.¹⁰ **11**

Organisationen wie die Großdeutsche Volkspartei oder die steirische Heimwehr lösten sich weitgehend in der NSDAP auf. Dieser Prozess beschleunigte sich ab 1934. Im Februar dieses Jahres hatten die Christlich-Sozialen nach dem Sieg über die linksoppositionellen Teile der ArbeiterInnenbewegung und der Sozialdemokratie eine faschistische Diktatur errichtet.¹¹ Alle zu diesem Zeitpunkt noch legalen Parteien wurden verboten.

Obwohl auch der christliche Austrofaschismus immer wieder deutschnationale und antisemitische Positionen einnahm, war die NSDAP der glaubwürdigere deutschnationale Faschismus. Mit dem sogenannten Anschluss an Nazi-Deutschland war 1938 der Prozess der Integration abgeschlossen, das „Dritte Lager“ in der NSDAP vereint. Dieser bis heute in der FPÖ verwendete Begriff für Deutschnationale soll den Anspruch untermauern, die dritte wesentliche politische Strömung neben Sozialdemokratie und Christlich-Sozialen zu sein. Dabei wird zumeist geflissentlich unterschlagen, dass ab 1934 die NSDAP dieses „Dritte Lager“ repräsentierte.

Die Niederlage des Faschismus stellte den Organisationsaufbau weiterhin überzeugter Nazis vor Probleme. Mit dem NS-Verbotsgesetz war der Wiederaufbau der NSDAP und ihrer Teilorganisationen untersagt worden. Somit mussten liberale Aushängeschilder gefunden werden, um die Zulassung einer deutschnationalen Partei zu ermöglichen. 1949 konnte mit dem Verband der Unabhängigen (VdU) eine neue Partei des Dritten Lagers gegründet werden. Im Vorfeld hatten die maßgeblichen Gründer Herbert Kraus und Viktor Reimann eine liberale Ausrichtung vorgegaukelt. Ab der zweiten Reihe war die Zielgruppe klar (und spätestens 1953/54 wurden dann auch die liberalen Hüllen fallen gelassen).¹²

Alten Nazi-Kreisen war es darum gegangen, die Parteiführung als Schutzschirm zu benutzen. Sobald die Umstände und die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs ein offenes Auftreten erlaubten, sollte zur alten „deutsch-bewussten Politik“ zurückgekehrt werden, wie etwa Fritz Stüber erklärte, Nationalratsabgeordneter für den VdU und späterer langjähriger Aktivist in NS-affinen Organisationen.¹³

Die Zulassung des VdU hatte zumindest zwei Paten: Im beginnenden kalten Krieg suchten die Westalliierten unter ehemaligen Nazis nach Verbündeten. Es ist kein Zufall, dass die Parteigründung am 26. März 1949 in der amerikanischen Besatzungszone in Salzburg, einer traditionellen Hochburg der Deutschnationalen, erfolgte.¹⁴ Die Sozialdemokratie hingegen hoffte auf eine Spaltung des bürgerlichen Lagers.

Für die SPÖ ging das Liebäugeln mit einer neuen Nazi-Partei allerdings gründlich schief. Bei den Nationalratswahlen 1949 nahm der VdU sowohl der SPÖ als auch den ehemals Christlich-Sozialen, nunmehr ÖVP, jeweils acht Mandate ab und zog mit insgesamt 16 Mandaten ins Parlament ein.

Soziale Basis und Programm des VdU

Ein Blick auf die soziale Basis des VdU ist durchaus interessant. Bereits die NSDAP in Österreich „prägte ein Überhang von Gebildeten – Studenten, freie Berufe, öffentlicher Dienst waren weit überrepräsentiert. Dem Bevölkerungsanteil entsprachen die Angestellten und Bauern, deutlich unterrepräsentiert waren die Arbeiter. Der Klassencharakter der NSDAP war etwas diffus – in Richtung ‚Volkspartei‘ deutend –, weit entfernt von einer Arbeiterpartei.“¹⁵ Auch eine Studie über mehr als 1300 illegale NSDAP-Mitglieder während des Austrofaschismus in Wien bestätigt diese Analyse. Sie zeigt, dass die frühen NS-Anhänger in der Hauptstadt „relativ am stärksten in den bürgerlichen Bezirken vertreten [waren] und nicht etwa in den Arbeitergegenden.“¹⁶

13

Ähnliches kann für die Zusammensetzung des VdU nach der Niederlage des NS-Regimes gesagt werden. Einzig in Oberösterreich konnte sich die Partei auf eine ArbeiterInnenbasis stützen. Bei den Betriebsratswahlen im Metallwerk Ranshofen in Braunau am Inn kam der VdU auf 35 %, in der VOEST (den ehemaligen Hermann-Göring-Werken) und in den Stickstoffwerken sogar auf 47 % und 55 %.¹⁷ Bei den Wahlen von 1949 erhielt der VdU in Linz herausragende 21% der Stimmen, bundesweit waren es „nur“ 11,67 %.

Politisch stand die Partei dem Großkapital nahe. „Sieht man freilich näher hin, bleibt nur ein magerer Ordo- und Wirtschafts-Liberalismus übrig, anti-staatswirtschaftlich eingestellt und für eine Leistungsgesellschaft kämpfend.“¹⁸ Dieses Programm reichte freilich aus, um Teile der Industrie in Oberösterreich und Südösterreich für die neue Partei zu interessieren; diese Industrie finanzierte dann auch den Parteiaufbau, wie Parteigründer Kraus berichtet.¹⁹ Wahlplakate aus dieser Periode zeigen die wirtschaftspolitische Ausrichtung. So lautete der zentrale Slogan des VdU für die Wahl 1949 „Recht, Sauberkeit, Leistung“.²⁰ Ein anderes Plakat

beklagte, dass SPÖ und ÖVP immer stärker an der Steuerschraube drehen würden.²¹

Die Unterschiede in der Positionierung vor allem zwischen den eher sozialpolitisch orientierten OberösterreicherInnen und anderen lokalen Parteiorganisationen sorgten bereits damals für „unentwegte Streitereien in der Führung mit nachfolgenden Parteiausschlüssen“.²² Der Einfluss der Partei unter Oberösterreichs IndustriearbeiterInnen schwand bald, die meisten WählerInnen wechselten zur Sozialdemokratie (wobei nicht davon ausgegangen werden kann, dass sich damit automatisch auch ihre politischen Überzeugungen geändert hätten). Viele Bauern, die in der ersten

14 Republik „großdeutsch“ gewesen waren, wechselten zur ÖVP.²³

Ein wesentlicher Faktor für den schleichenden Niedergang des VdU war die Integration der Nazis in die Großparteien SPÖ und ÖVP, bei denen es auch größere Aufstiegschancen und mehr zu verteilen gab, etwa Wohnungen oder Jobs. (In geringerem Ausmaß versuchte auch die stalinistische KPÖ, mit der Gründung der „Nationalen Liga“ ihren Teil vom Nazi-Kuchen zu bekommen, blieb dabei aber nach eigenen Angaben relativ erfolglos.²⁴) Für den VdU blieben traditionelle deutschnationale und oft protestantisch geprägte Hochburgen in Oberösterreich (vor allem im Innviertel, in Wels und Steyr),²⁵ Kärnten und Vorarlberg.

Die Gründung der FPÖ

Aus dem VdU ging über die Vereinigung mit der neu gegründeten „Freiheitspartei“ in den Jahren 1955 und 1956 die FPÖ hervor, die Freiheitliche Partei Österreichs. Auf „liberale“ Aushängeschilder wurde nun verzichtet. Der Gründungsparteitag stand unter dem Motto „Glaube – Treue – Opferbereitschaft“, ein klares Signal an die Nazi-Basis.²⁶

Der erste Obmann der Partei, Anton Reinthaller, war 1938 Landwirtschaftsminister in der Nazi-„Anschluss“-Regierung

Seyss-Inquart gewesen und bis 1945 Unterstaatssekretär in Berlin.²⁷ Zusätzlich hatte er den Ehrenrang eines SS-Brigadeführers. Reinhallers Andenken wird in der FPÖ bis heute hochgehalten – so hielt Manfred Haimbuchner, der Obmann der FPÖ Oberösterreich, im November 2016 eine Rede unter einem Bild des ehemaligen SS-Führers.²⁸

In den folgenden Jahren schwankte die Partei zwischen einem „wirtschaftsliberalen“ und einem „nationalen“ Profil. In sozialen Fragen konnte es in der Praxis nicht zu weit nach links gehen, dafür sorgte die soziale und politische Basis. Diese setzte sich aus mehreren (und sich teils überschneidenden) Komponenten zusammen: dem elitär-bürgerlich-burschenschaftlichen Milieu, deutschnationalen (oft protestantischen) Schichten im bäuerlichen Raum, dörflichen und kleinstädtischen Eliten, industriellen Finanziers sowie FreiberuflerInnen, höheren BeamtenInnen und kleinen Selbstständigen. Diese Zusammensetzung war der beste Garant für eine ebenso nationale wie wirtschaftsfreundliche Ausrichtung der FPÖ.

Nach dem Tod Anton Reinhallers 1958 beerbte ihn Friedrich Peter. Während des Zweiten Weltkriegs war er Angehöriger der berüchtigten 1. SS-Infanteriebrigade gewesen. 1956 erklärte er in der SS-Zeitschrift „Wiking-Ruf“: „Ich bin nicht jenem Kreis zuzuzählen, der ‚gepreßt und gezwungen‘ wurde, sondern ich bekenne auch heute, daß ich freiwillig gegangen bin. Und dem Vaterland zu dienen, war zu keiner Zeit eine Schande.“²⁹

Die FPÖ will sich integrieren

Ab 1960 wollte die FPÖ koalitionsfähig werden. Parteiohmann Peter sprach von der Notwendigkeit, dafür „auch mit Freimaurern und Juden am selben Tisch (zu) sitzen.“³⁰ 1964 meinte Peter erstmals, dass Nationale und Liberale gemeinsam in der FPÖ Platz hätten.³¹